

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen kurzen Überblick über die Ereignisse dieser parlamentarischen Sitzungswoche geben. In dieser Woche stelle ich Ihnen das Wehrrechtsänderungsgesetz 2011 sowie den Bericht des Wehrbeauftragten vor und informiere Sie über die Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Wehrrechtsänderungsgesetz 2011
2. Bericht des Wehrbeauftragten
3. Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes
4. Relevantes für Mannheim und die Region



1. Wehrrechtsänderungsgesetz 2011

Vor dem Hintergrund einer veränderten sicherheits- und verteidigungspolitischen Lage in Deutschland ist es ratsam, die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der allgemeinen Wehrpflicht neu zu überprüfen. Die Geschichte der Bundeswehr ist eine Erfolgsgeschichte. Gegründet wurde die Bundeswehr in Zeiten des Kalten Krieges. Heute sind wir in Europa von Freunden umgeben und stehen vor neuen, asymmetrischen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Mit jeder neuen Mandatierung von Auslandseinsätzen tragen wir die Verantwortung für eine gut ausgerüstete und vorbereitete Bundeswehr. Ein Baustein der in der Geschichte der Bundeswehr größten Reform ist die Aussetzung – nicht Abschaffung – der allgemeinen Wehrpflicht.

Dieser Schritt fällt mit Blick auf die bedeutenden Erfahrungen mit der Wehrpflicht nicht leicht – obgleich er berechtigt ist. Neben der Notwendigkeit, die Bundeswehr auf neue verteidigungspolitische Herausforderungen einzustellen und somit effizienter zu machen, dient die Aussetzung der Wehrpflicht hauptsächlich der Wehrgerechtigkeit. In unserer heutigen Gesellschaft sollten Männer und Frauen gleichermaßen selbst entscheiden, ob sie sich in der Bundeswehr einbringen möchten oder nicht.

Ausreichend viele freiwillige Anwärter zu finden vermag, gerade in Anbetracht vieler beunruhigender Einzelfälle, nicht einfach zu werden. Deshalb unterstützt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Anstrengungen der Bundesregierung, die Bundeswehr zu einem attraktiven Arbeitgeber zu machen. Dafür wurde ein Maßnahmenpaket erarbeitet, das beispielsweise die Arbeitsbedingungen für Familien verbessert, indem Eltern-Kind-Arbeitszimmer eingerichtet, Gemeinschaftsunterkünfte geschaffen sowie Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten angeboten werden.

Mit der Neuausrichtung der Bundeswehr soll auch ein Beitrag zum Sparpaket der Bundesregierung geleistet werden, um zukünftige Generationen nicht weiter zu belasten. Die Aussetzung der Wehrpflicht ist ein historisches und wichtiges Ereignis für unsere Gesellschaft.

2. Bericht des Wehrbeauftragten

Der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus (FDP) stellte in dieser Woche im Plenum des Deutschen Bundestages den Jahresbericht 2010 vor. In dem 70-seitigen Bericht spiegeln sich die Erkenntnisse seiner Untersuchung der Situation der Bundeswehr im Jahre 2010 wider. Darin räumt der Wehrbeauftragte ein, Mängel erkannt zu haben, vor allem im Bereich der Führungsqualitäten, wo es manchmal an Disziplin und Unrechtsbewusstsein mangle. In diesem Zusammenhang fordert der Wehrbeauftragte, die nun vorliegenden Erkenntnisse in den Prozess der Bundeswehrreform mit einzubeziehen und geeignete Verbesserungsmaßnahmen zu ergreifen.

3. Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes

Genau 50 Jahre nach Dienstantritt der ersten Kriegsdienstverweigerer kann durch die Aussetzung der Wehrpflicht auch der Zivildienst nicht in seiner bisherigen Form weitergeführt werden. Eine Abschaffung jedoch wäre ein weitreichender Verlust für unsere Gesellschaft: für junge Zivildienstleistende, die durch den Zivildienst eine große Bereicherung erfuhren, indem sie Einblick in Berufe erlangen konnten und mit-helfen, die Welt ein Stück menschlicher zu gestalten; aber auch für viele, die die Unterstützung der jungen Menschen in Anspruch genommen haben. Durch den Zivildienst wurden innergesellschaftliche Beziehun-gen geknüpft und gestärkt, vor allem zwischen den Generationen. Die Einführung eines Bundesfreiwilli-gendienstes sendet ein wichtiges Signal: freiwillige ehrenamtliche Tätigkeit wird auch in Zukunft eine wich-tige Stellung in unserer Gesellschaft einnehmen. Im Unterschied zu bereits vorhandenen Freiwilligendien-ten sowie zum Zivildienst kann der Bundesfreiwilligendienst von Männern und Frauen jeglichen Alters nach Erfüllung der Vollschulzeitpflicht in Anspruch genommen werden. Er beschränkt sich nicht nur auf soziales oder ökologisches Engagement. Noch nie wurde soviel Geld aufgewendet, um den unterschiedlichen Inte-ressen in derart vielfältigen Einsatzbereichen zu begegnen. So sind auch Dienste im kulturellen oder sport-lichen Bereich möglich. Im sozialen Sektor können einerseits mehr Männer in klassischen Frauenberufen Anschluss finden, während generell mehr junge Menschen Gefallen an Pflegeberufen finden können. Zu-dem wird die Möglichkeit geschaffen, mit dem zweijährigen Bundesfreiwilligendienst Plus sich pädagogisch begleiten zu lassen und einen Schulabschluss zu erlangen.

Zugleich soll ein Beitrag zu einer neuen Anerkennungskultur ehrenamtlicher Tätigkeiten geleistet werden. Dabei geht die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes mit einer Stärkung der bisherigen Freiwilligen-dienste einher, um keine Konkurrenzsituation zu erzeugen, sondern wertvolle Kooperation zu ermöglichen. So könnte ein deutlich besserer Rahmen für die Situation der Freiwilligen geschaffen werden. Zugleich können finanzielle und personelle Ressourcen bei Kreiswehrrersatzstellen und anderen Einrichtungen ein-gespart werden. Mit der Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes soll ehrenamtliches Engagement erleichtert werden.

4. Relevantes für Mannheim und die Region

Treffen mit Bahnchef Grube

Im Rahmen eines Treffens in Berlin übergab ich Bahnchef Dr. Rüdiger Grube einen Brief zur ICE-Neubaustrecke Rhein/Main – Rhein/Neckar. Darin verweise ich auf die unbefriedigenden Antworten der Bundesregierung auf meine parlamentarischen Anfragen und fordere eine klare Aussage hinsichtlich der Anbindung des Mannheimer Hauptbahnhofs an die Neubaustrecke. Erst neulich hat das Regionalforum ICE-Knoten Rhein-Neckar einstimmig gefordert, auf der Basis der Vollenbindung des Mannheimer Hauptbahnhofs und der vom Regionalforum beschlossenen Konsenstrasse das Planfeststellungsverfahren einzuleiten. Es muss Schluss damit sein, dass die Deutsche Bahn durch immer neue Gutachten versucht, die Vollenbindung des Mannheimer Hauptbahnhofs an die Neubaustrecke zu verhindern.

Gleichzeitig sprach ich mit dem Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn für das Land Baden-Württemberg, Eckart Fricke. Dieser versprach, sich intensiv um das Projekt zu kümmern. Fricke bot Gespräche mit dem ICE-Forum an. Ebenfalls wandte ich mich an Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer. Ich forderte Ramsauer auf, sich persönlich für den Bau der ICE-Trasse einzusetzen und mit dem „Regionalforum ICE-Knoten Rhein-Neckar-Region“ zusammenzuarbeiten. Im Jahre 2004 habe ich mich gemeinsam mit meinem damaligen SPD-Kollegen Lothar Mark dafür eingesetzt, dass in einer Fußnote des Bundesverkehrswegeplans die ICE-Anbindung Mannheims festgezurr wurde. Ich unternehme alles, damit diese Fußnote auch im neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 die Vollenbindung an den Mannheimer Hauptbahnhof festschreibt.

Bundesfördermittel für Innovationsprojekt in Mannheim

Im Rahmen der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung initiierten Innovationsallianz Carbon Nanotubes (Inno.CNT) fließen Fördermittel auch nach Mannheim. Dies teilte mir Bundesministerin Prof. Dr. Annette Schavan in einem Brief mit. Ziel der Initiative ist es, zukünftig einen Schlüsselmarkt der Werkstofftechnologie in Deutschland zu etablieren, der als weltweiter Leitmarkt für neuartige Kohlenstoff-Nanomaterialien fungiert. Teil der Initiative ist das Projekt CarboSlide, bei dem innovative Gleitlager mit optimierten Schmierstoffeigenschaften durch den Einsatz von Kohlenstoffnanoröhren entwickelt werden. Gefördert wird auch das Mannheimer Unternehmen Fuchs Europe Schmierstoffe GmbH mit ca. 206.000 Euro. Fuchs Europe Schmierstoffe ist in das Projekt maßgeblich eingebunden. Ich freue mich, dass auch ein Mannheimer Unternehmen in das Projekt mit einem Gesamtvolumen von 2,5 Millionen Euro eingebunden ist. Die Projektlaufzeit begann am 1. Oktober 2010 und endet am 30. September 2013.

Deutsch-afrikanischer Studentenaustausch

Das deutsch-afrikanischen Austauschprogramm „Go Africa --- Go Germany“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) organisiert. Das Austauschprogramm richtet sich an Studenten oder Graduierte zwischen 21 und 28 Jahren. Ziel des Programms ist es, den Kontakt mit einer Region zu fördern, die in Deutschland wenig wahrgenommen wird. Das Austauschprogramm bietet eine gute Gelegenheit, die Kenntnisse und Beziehungen zwischen Afrika und Deutschland zu vertiefen. Ich halte den Austausch zwischen jungen Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen für sehr wichtig. Afrika mit seinem großen Potential an Rohstoffen und seiner jungen Bevölkerung wird in Deutschland zu wenig wahrgenommen. Deshalb hoffe ich, dass das Programm auf Interesse bei den Mannheimer Studenten stößt. Das insgesamt fünfwöchige Seminar findet zwischen dem 14. und 29. August 2010 in Deutschland und im März 2012 in Kenia statt. Interessenten können sich im Internet unter www.bpb.de/goafrica informieren oder sich an mein Büro (Tel.: 030-227-72291) wenden. Bewerbungsschluss ist der 15. März 2011.

Bürgerpreis 2011

Unter dem Motto „Bildung! Gleiche Chancen für alle.“ sind auch im Jahr 2011 ehrenamtlich engagierte Bürger dazu aufgerufen, sich am Wettbewerb um den Deutschen Bürgerpreis zu beteiligen. Damit werden Bürger gewürdigt, die sich ehrenamtlich im Bereich Bildung engagieren und mit ihrem gesellschaftlichen Beitrag Menschen helfen, ihre Stärken zu erkennen und zu fördern, gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und berufliche Perspektiven zu schaffen. Neben den Kategorien „U21“, „Alltagshelden“, „Engagierte Unternehmer“ sowie der Kategorie „Lebenswerk“ wird seit 2010 zusätzlich ein Publikumspreis, der „VZ Award“ verliehen. Bewerber können hierfür ihre Projekte in Form eines kurzen Videos in den sozialen Netzwerken präsentieren. Der Gewinner wird über eine Internetabstimmung ermittelt. Vergeben werden die Auszeichnungen von der Initiative „für mich. für uns. für alle“ – einem Zusammenschluss engagierter Bundestagsabgeordneter, der Städte, Landkreise, Gemeinden sowie der Sparkassen. Im Hinblick auf die herausragende Bedeutung von Bildung für unsere Zukunft hoffe ich, dass sich möglichst viele Mannheimer und Mannheimerinnen bewerben. Teilnahmeunterlagen erhalten Interessierte im Internet unter www.deutscher-buergerpreis.de oder in meinem Berliner Büro unter der Rufnummer 030-227-72291. Einsendeschluss für die Bewerbungen ist der 30. Juni 2011.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227 – 722 91
E-Mail: egon.juettner@bundestag.de
Internet: www.egon-juettner.de